



## Brief aus Berlin

Antje Tillmann informiert

Brief aus Berlin 2/2011  
Januar 2011 (2)

### Bildungsbericht stellt ordentliches Zeugnis aus

Die Beharrlichkeit, mit der die Union in den vergangenen Jahren daran gearbeitet hat, die Bundesrepublik auf den Weg zur Bildungsrepublik zu bringen, zahlt sich aus: Der Nationale Bildungsbericht 2010 weist erfreuliche Kennzahlen aus:

Die finanziellen Aufwendungen je Bildungsteilnehmer liegen über dem OECD-Durchschnitt, die Schulabbrecherquote sinkt kontinuierlich und die Studienanfängerquote erreichte im Jahr 2009 mit 43 Prozent einen neuen Rekord. Der Bericht zeigt zugleich auch die Herausforderungen auf, vor denen wir im Bildungsbereich stehen: Dazu zählen vor allem der vorhergesagte Rückgang der Schülerzahlen an allgemeinbildenden Schulen sowie die Kluft in den Bildungsverläufen von Kindern und Jugendlichen, die bestehende Bildungsangebote erfolgreich nutzen, und jenen, bei denen sich ungünstige Rahmenbedingungen auf den Bildungsverlauf auswirken.

Um auch den Kindern ohne unterstützendes Umfeld erfolgreiche Bildungsverläufe zu ermöglichen, hat die christliche-liberale Koalition eine ganze Reihe neuer Instrumente eingesetzt: Dazu gehören etwa ein verstärkter Ausbau der frühkindlichen Förderung, Bildungsketten mit individueller Begleitung und nicht zuletzt im Rahmen der aktuellen Novellierung des SGB II ein umfassendes Bildungspaket. Nie wurde mehr Geld für Bildung im Allgemeinen und die Zukunftschancen sozial benachteiligter Kinder im Besonderen ausgegeben als unter der christlich-liberalen Koalition.

### Gedenkstunde im Bundestag

In einer Gedenkstunde gedachte der Deutsche Bundestag am Donnerstag den Opfern des Nationalsozialismus. Am 27. Januar 1945 hatten sowjetische Soldaten das Vernichtungslager Auschwitz befreit.

Zum ersten Mal sprach an diesem Gedenktag mit Zoni Weisz ein Vertreter der Sinti und Roma im Deutschen Bundestag. In einer bewegenden Rede erzählte er aus seiner persönlichen Geschichte und der Geschichte seines Volkes.



### Steuereinnahmen aus Kapitalerträgen stabil

Berichten, wonach die Einnahmen der Kapitalertragsteuer (Abgeltungsteuer) massiv eingebrochen sein, ist entschieden entgegenzutreten. Zwar ist das Steueraufkommen aus Zins- und Veräußerungserträgen 2010 gegenüber 2009 von 12,4 Mrd. Euro auf 8,7 Mrd. Euro zurückgegangen.

Nicht die Ausgestaltung der Abgeltungsteuer ist dafür verantwortlich, sondern das 2010 von 3 Prozent auf 2,1 Prozent gesunkene durchschnittliche Zinsniveau deutscher Anleihen.

Die Deutsche Steuergewerkschaft fordert seit eh und je die Abschaffung der Abgeltungsteuer und verschweigt, dass das Steueraufkommen aus Dividenden nach den Krisenjahren wieder um 4,1 Prozent zugelegt hat, im Dezember sogar um 24,2 Prozent. Der in den Medien gemachte Vergleich mit Einnahmen von 13,5 Mrd. Euro im Jahr 2008 hinkt, weil der Steuersatz auf Zinsen damals nicht 25 Prozent, sondern 30 Prozent betrug.

Stetig werden die Einnahmen aus der Abgeltungsteuer weiter ansteigen, weil zum Beispiel Kursgewinne aus Wertpapiergeschäften nicht mehr nach einem Jahr steuerfrei vereinnahmt werden können und weil Einnahmen aus ab 2005 geschlossenen Lebensversicherungen nur noch höchstens zur Hälfte steuerfrei sind.

So wird sichergestellt, dass nach und nach ein immer weitergehender Anteil an Kapitalerträgen der Steuerpflicht unterliegt.

### **NATO-Einsatz in Afghanistan verlängert**

Am Freitag hat der Bundestag die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF) unter Führung der NATO beschlossen.

Die afghanische Regierung will bis Ende 2014 schrittweise die Sicherheitsverantwortung für ihr Land übernehmen. Die Bundesregierung ist zuversichtlich, im Zuge der Übergabe der Sicherheitsverantwortung die Präsenz der Bundeswehr ab Ende 2011 reduzieren zu können und wird dabei jeden sicherheitspolitisch vertretbaren Spielraum für eine frühestmögliche Reduzierung nutzen, soweit die Lage diese erlaubt und ohne dadurch unsere Truppen oder die Nachhaltigkeit des Übergabeprozesses zu gefährden.

---

### **Stabiler Euro im Interesse Deutschlands**

Deutschland exportiert heute rund 40 Prozent seiner Waren und Dienstleistungen in die Euro-Zone. Ein stabiler Euro sichert die Kalkulationsgrundlagen für Unternehmen wie Verbraucher. Investoren bietet er die attraktive Perspektive einer großen Weltwirtschaftsregion. Eine stabile Währungsunion mit möglichst vielen EU-Mitgliedstaaten liegt im ureigenen Interesse Deutschlands. Deshalb leistet Deutschland im Rahmen des europäischen Stabilisierungsmechanismus Garantien in Höhe von maximal 148 Mrd. Euro für in Liquiditätsschwierigkeiten geratene Mitgliedstaaten. Insgesamt erstreckt sich der Euro-Rettungsschirm auf 750 Mrd. Euro.

Da neben Deutschland nur Finnland, Frankreich, Luxemburg, Niederlande und Österreich die höchste Bonitätsstufe erreichen, können an Krediten wiederum nur gut 400 Mrd. Euro ausgereicht werden:

Rund die Hälfte der von den Mitgliedstaaten garantierten Summe muss als Puffer vorgehalten werden, um an den Finanzmärkten als Zweckgesellschaft ein AAA-Rating zu erhalten. Ein schlechteres Rating würde die Gefahr nach sich ziehen, im Ernstfall nicht mehr schnell genug oder nur mit enormen Risikoaufschlägen Anleihen am Markt platzieren zu können. Da dies nicht gewollt sein kann, sollte auch weiterhin auf die Bonitätsbewertung geachtet werden.

Der Wachstums- und Stabilitätspakt muss verschärft und die makroökonomische Überwachung gestärkt werden.

Der Ecofin-Rat entwirft bis März ein Gesamtkonzept zur dauerhaften Sicherung des Euro.

---

### **Stellv. Vorsitzende des Finanzausschusses**

Antje Tillmann ist von ihrer Fraktion mit 98,7 Prozent für das Amt der stellvertretenden Vorsitzenden des Bundestags-Finanzausschusses benannt worden.

Am Mittwoch bestätigte der Finanzausschuss die Benennung. Damit ist Tillmann ab sofort erste und einzige Stellvertreterin des Ausschussvorsitzenden Dr. Volker Wissing (FDP).



(Tillmann mit den Finanzausschusskollegen Schindler, Dr. Middelberg und Lips, v.l.n.r.)

---

### **Thüringer wird Stasi-Unterlagen-Chef**

Am Freitag hat der Deutsche Bundestag den Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR neu gewählt.

Nachfolger von Marianne Birthler wird der Jenaer Bürgerrechtler und Journalist Robert Jahn, der sich in der DDR mutig gegen die Diktatur und das Unrecht gestellt und sich für Freiheit und Demokratie eingesetzt hat. Nach seiner gewaltsamen Ausbürgerung aus der DDR hat er sich bis heute kompetent und engagiert der Aufarbeitung der SED-Diktatur gewidmet und ist allen Verharmlosungen dieser Diktatur überzeugend entgegengetreten.

---

### **Termine**

>>> Im Rahmen des „Erfurter Energie Dialogs“ diskutiert die **Parl. Staatssekretärin, Frau Katherina Reiche**, über das **Energiekonzept der Bundesregierung**.

**16. Februar 2011, 18.00 Uhr**, im Kommunalen Dienstleistungszentrum der Stadtwerke Erfurt Gruppe, Magdeburger Allee 34.

Eine Anmeldung im Bürgerbüro ist bitte erforderlich!

---

### **Impressum**

**Antje Tillmann MdB**

antje.tillmann@bundestag.de

Redaktion: Johannes Nehlsen, 28. Januar 2011